

Der Freisinn

FDP

Nr. 3
März 1986
8. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Neue Dimensionen der Forschungsförderung

Aussenwirtschaft und High-Tech

Auch im Blickfeld der Hochtechnologie hat das Ordnungsprinzip des liberalen Aussenhandels uneingeschränkt Bestand. Darauf geht unser folgender Beitrag ein.

Die schweizerischen Eigenarten auf dem Gebiet der technischen und wissenschaftlichen Innovation, wofür sich die Kurzformel «F+E» (Forschung und Entwicklung) eingebürgert hat, sind weitherum bekannt. Die entsprechenden Ausgaben werden in der Schweiz zu rund drei Vierteln von der Privatwirtschaft aufgebracht, und in dieser konzentrieren sie sich zu mehr als neun Zehnteln auf die chemische und pharmazeutische sowie die Maschinen- und Apparateindustrie.

Die staatlichen Leistungen betreffen nach dem Subsidiaritätsprinzip zur Hauptsache die Grundlagenforschung und das wissenschaftlich-technische Bildungswesen. Das stimmt mit den liberalen Ordnungsgrundsätzen unseres Landes überein, ist aber in Rechnung zu stellen angesichts der hohen technologischen Anforderungen der Gegenwart und des Umstandes, dass im Durchschnitt aller hochindustrialisierten Länder der freien Welt gegen die Hälfte des F+E-Finanzierungsbedarfs von der öffentlichen Hand aufgebracht wird.

Neue Dimensionen

Dabei ist spätestens seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Forschungsförderung in neue Dimensionen hineingewachsen. Bestimmt werden diese im «elektro-

nischen Zeitalter» durch die rasanten Entwicklungen auf Gebieten wie der Mikroelektronik, dem Fernmelde- und insgesamt dem Informatikwesen, der Biotechnologie und dem Materialwesen. Auf die Notwendigkeit zusätzlicher Impulse im Bereich der Studienrichtung Informatik hat der Bundesrat vor kurzem mit grossem Nachdruck hingewiesen, als er einen Kreditantrag zur Förderung der Ingenieurwissenschaften und der Ingenieurschulung sowie zum Aufbau eines nationalen Hochschul- und Forschungsinformatiknetzes beschloss. Er machte einen rapide steigenden Zudrang zu den entsprechenden Studienfachrichtungen und ein eklatantes Ungenügen der vorhandenen Dozenten- und Assistentenstellen geltend. Der Engpass sollte rasch überwunden werden.

Internationale Rahmenbedingungen

Andererseits hielt der Bundesrat in seinem jüngsten halbjährlichen Aussenwirtschaftsbericht fest, dass immer mehr Forschungsgegenstände die finanziellen und personellen Möglichkeiten nicht nur individueller Unternehmungen, sondern auch einzelner Volkswirtschaften überfordern. Daraus ergibt sich die Tragweite internationaler Zusammenarbeit,

welche die Kräfte bündelt, Überschneidungen vermeidet und einen angemessen freizügigen Zugang zu den Ergebnissen sichert.

Die Handelsdiplomatie findet in diesem Bereich einen neuzeitlichen Aufgabenschwerpunkt. Sie hat die aussenwirtschaftlichen Instrumente mindestens zur Abwehr forschungspolitischer Diskriminierung einzusetzen, darüber hinaus aber zur völkerrechtlich verankerten Kooperation, um für die Industrie möglichst optimale Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Der europäische Freihandelsraum verdient dabei angesichts der technologischen Spitzenpositionen Amerikas und Japans besondere Aufmerksamkeit.

Ja zum liberalen Welthandel

Die Schweiz hat allerdings schon lange Weichen in solchen Richtungen gestellt. Seit 1970 hat sie mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) immer wieder Ad-hoc-Vereinbarungen über grenzüberschreitende Forschungsprojekte abgeschlossen, die bis in die Wissensgebiete der Kernfusion, der Informationstechnologien und des Kommunikationswesens vorstossen. Ein wissenschaftlich-technisches Rahmenabkommen mit der EG hat die Kooperationsbasis jetzt erweitert.

Das Gebot offener Märkte gehört indessen ebenfalls zum einschlägigen Pensum. Technischer Fortschritt lässt sich heute zu meist nur dann optimal nutzen, wenn die Güter und Leistungen, die er hervorbringt, freien internationalen Absatz finden. Deshalb hat das Ordnungsprinzip des liberalen Aussenhandels auch im Blickfeld der Hochtechnologie uneingeschränkt Bestand. -ll-

Zum Fiskal-«Coup» des Bundesrates

So nicht!

Etwelche Überraschung hat der Beschluss des Bundesrates ausgelöst, den Zoll auf Heizöl und Erdgas mit sofortiger Wirkung massiv zu erhöhen und auf den 1. April den Treibstoff-Zollzuschlag der Warenumsatzsteuer zu unterwerfen. Nicht nur bei Industrie und Konsumenten, sondern auch bei den Politikern haben die Anträge Staub aufgewirbelt. Für die FDP sind sie in dieser Form unakzeptabel. Dazu die Begründung, die noch umweltpolitisch zu ergänzen wäre, durch Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti (Horgen):

Der Bundesrat stützt die massive Erhöhung des Heizölzoll auf den Artikel 5 des Bundesgesetzes über den schweizerischen Zolltarif vom 19. Juni 1959, wonach der Bundesrat die Erhöhung einzelner Ansätze des Generaltarifs unter gleichzeitiger Vorlage eines Antrages zu einem entsprechenden Bundesbeschluss von sich aus verfügen kann, «wenn dies zur Gewährleistung des mit der Tarifierhöhung verfolgten Zweckes unerlässlich ist».

Genügende Rechtsgrundlage?

Ist diese Bestimmung eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Massnahme, die der Bundesrat getroffen hat? Ohne Zweifel räumt der zitierte Artikel dem Bundesrat das Recht ein, die Erhöhung der Zollansätze über Nacht in Kraft zu setzen, wenn handelspolitische Gründe dies zwingend erfordern. Die staatspolitische Kernfrage heisst aber, ob in diesem Fall die materielle Voraussetzung für die Ausschöpfung dieser Kompetenz gegeben ist, ob sich das unerwartete Hereinholen von 290 Mio. Fr. (ohne Wust auf dem Treibstoff-Zollzuschlag) nicht nur formaljuristisch, sondern auch materiell auf diesen Gesetzestext abstützen lässt.

Finanzpolitisch nicht dramatisch

Finanzpolitisch liegt keine so dramatische Situation vor, dass der Ausweg gewissermassen über Notrecht gesucht werden muss. Das Budget 1986 rechnet seit 15 Jahren zum erstenmal wieder mit einem Überschuss, und die SBB belasten den Bundeshaushalt mit dem seit langem kleinsten Defizit. Zwar lauten die Prognosen für die nächsten Jahre wieder düster, und es sind auch im fiskalischen Bereich verschiedene Korrekturbeglehen hängig.

Aber alle diese Begehren sind lediglich angemeldet. Wann und in welchem Umfang allfällige Einnahmefälle tatsächlich eintreten werden, ist noch unbestimmt, eine Kompensation zum voraus daher fragwürdig. Auch die zusätzlichen Ausgaben für die Tarifverbilligungen bei den SBB sind noch nicht beschlossen und machen in jedem Fall nur einen



Bruchteil der vom Bundesrat neu geforderten Abgaben aus.

Undifferenzierte Vorlage

In der unangebrachten Eile sind auch wichtige Nuancen unbeachtet geblieben. Warum ist die Kohle von der zusätzlichen Besteuerung ausgeschlossen? Warum wird beim Zollansatz nicht unterschieden zwischen Heizöl mittel und extraleicht für die Raumheizung einerseits und dem Heizöl schwer für die Produktion andererseits? Bereits 1974 hat der Bundesrat eine ähnliche Übung durchgezogen (bei einer finanzpolitisch wesentlich dramatischeren Situation und mit deutlich massvolleren Ansätzen), die im nachhinein vor dem Souverän keine Gnade fand. Damals wurde differenzierter gehandelt.

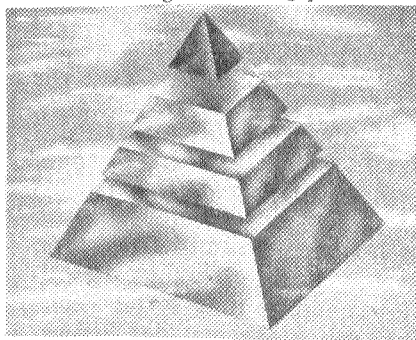
Die energieintensiven Industrien haben grosse Anstrengungen unternommen, um den Ver-

Fortsetzung auf Seite 3



Nationalrat Dr. Felix Auer (FDP, BL) als Vermittler zwischen Nationalrat François Jeanneret (lib., NE) und Bundesrat Furgler? (Photo ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Verfrühte Diskussion um neue Bundesfinanzordnung

Prioritäten liegen anders!

Vorzeitig und voreilig wurde die Diskussion um eine neue Bundesfinanzordnung, welche die bis Ende 1994 geltende ablösen soll, durch Bundesrat Stich eröffnet. Mit seinem Fiskalcoup im Benzin- und Heizölbereich hat er allerdings nicht dazu beigetragen, ein freundliches fiskalpolitisches Klima zu schaffen.

In einem Punkt wenigstens waren sich die Regierungsparteien kürzlich einig, nachdem sie im Rahmen der sogenannten Von-Wattenwyl-Gespräche die mittel- und längerfristigen Perspektiven der Bundesfinanzen erörtert hatten: bereits in wenigen Jahren drohen dem Bund wieder Milliardendefizite, «wenn nicht etwas getan wird». Was freilich zu tun ist, bleibt vorderhand unklar. Und selbst wenn der Bundesrat, wie von den Parteien gefordert, in einigen Monaten ein konkretes Massnahmenpaket vorlegen wird, sind keine raschen Beschlüsse zu erwarten. Zu gross sind die Meinungs- und Interessengegensätze, und zu viele Gelegenheiten sind in den vergangenen Jahren verpasst worden, die unbestreitbaren strukturellen Schwächen des Bundeshaushaltes zu mildern oder gar zu beseitigen.

«Fünfer-und-Weggli-Politik»?

Nicht zuletzt die Landesregierung, die jetzt das Defizitgespenst wieder heraufbeschwört, muss sich selbst an der Nase nehmen. Solange die Bundeseinnahmen insgesamt munter sprudelten – insbesondere die Wehrsteuererträge dank der kalten Progression –, mochte sie sich keine Gedanken machen über eine Umstrukturierung der brüchigen Finanzordnung. Dass die finanzielle Bedeutung der Zolleinnahmen drastisch abnehmen würden, war längst voraussehbar; die als Kompensation dazu vorgesehenen Mehrwertsteuervorlagen erlitten vor allem deshalb Schiffbruch, weil sie auf eine Fünfer-und-Weggli-Politik hinauslaufen (keine nennenswerte Reduktion der übermässig gestiegenen direkten Bundessteuerlast).

Völlig unverständlich ist die Weigerung des Bundesrats, eine

Revision der Warenumsatzsteuer (Wust) vorzunehmen. Diese Revision hätte auf dem Gesetzesweg, also relativ rasch, realisiert werden können und die Grundlage für eine spätere Erhöhung der indirekten Steuern geschaffen – letztere bringen im internationalen Vergleich fast lächerlich geringe Einnahmen, um so saftigere Rechnungen müssen dafür die besser verdienenden Steuerzahler dem eidgenössischen Steuervogt direkt bezahlen. Mit seiner erwähnten Weigerung hat sich der Bundesrat auch noch die Blockierung der Vorlage für eine Energiebesteuerung eingehandelt.

Fehlende Alternativen

Bisher hat der Finanzminister, der ja massgeblich an der Schubladisierung der Wust-Revision beteiligt war, keine brauchbaren und politisch gangbaren Alternativen aufgezeigt. Seine Vorschläge für eine «revidierte» Finanzordnung zielen im Gegenteil auf eine Zementierung der heutigen, schieflastigen Einnahmenstruktur ab, beinhalten sie doch die Eliminierung der Befristung der wichtigsten Steuern und der Steuersätze aus der Verfassung. Eine derartige indirekte Legitimierung der bestehenden Finanzordnung kann nicht in Frage kommen, solange keine strukturellen Bereinigungen – und dies nicht nur im Bereich der Wust – vorgenommen werden. Die von Bundesrat Stich propagierte Ausweitung der Wust auf Dienstleistungen erscheint angesichts der politischen Realität eher als Ver-

zögerungstaktik; eine Politik der kleinen Schritte versprache in bezug auf dieses Postulat weit mehr Erfolg, und dies hiesse eben zunächst eine Revision der Wust.

Unglaublicher Finanzminister

Vor diesem Hintergrund ist die Kritik des Finanzministers und ihm nahestehender Kreise an den von bürgerlicher Seite und von der Wirtschaft geforderten gezielten Steuererleichterungen alles andere als glaubwürdig. Es kann ja wohl nicht Ziel einer langfristig tragfähigen Finanzordnung sein, irgendwelche Steuereinnahmen zu maximieren. Wenn die direkte Bundessteuer heute praktisch einer Reichtumssteuer gleichkommt, wenn Bankgeschäfte wegen kontraproduktiver Bundesabgaben ins Ausland «abwandern», wenn Unternehmensgewinne doppelt oder gar dreifach besteuert werden, wenn die Investitionen der Schweizer Wirtschaft im Gegensatz zum Ausland besteuert werden, sind Reformbegehren mehr als nur angebracht: sie haben Vorrang! Es gibt – man wage einen Blick über unsere Grenzen – durchaus andere Einnahmequellen, die an die Stelle allfälliger Steuerausfälle treten können.

Sparpotential ist nicht ausgeschöpft

Es gibt aber auch die Möglichkeit, die Ausgaben endlich besser in den Griff zu bekommen, um so mehr, als auch die Erfüllung neuer Aufgaben (beispielsweise in den Bereichen Ausbildung, Forschung, Umwelt und Verkehr) sicherzustellen ist. Die restriktiven Vorgaben des Bundesrates im Rahmen der Finanzplanung und die Absichtserklärung des Finanzdepartements, auf den Abbau von Ausgabenautomatismen hinzuwirken, sind in diesem Zusammenhang durchaus löblich. Das Sparpotential ist damit freilich beileibe nicht ausgeschöpft; auch bei den Aufgaben gilt es Prioritäten zu setzen, sowohl bei den angestammten wie bei neuen.



FDP-Ständerat Dr. Otto Schoch (AR) im Gespräch mit seinem Glarner Parteikollegen Dr. Peter Hefti (GL). (Photo ruti)

Dokument unvorstellbaren Grauens

Bereits zweimal hat der Wirtschafts- und Sozialrat der Uno auf Empfehlung der Menschenrechtskommission den österreichischen Professor für Völkerrecht Felix Ermacora zum Sonderberichterstatter mit dem Auftrag ernannt, eine Untersuchung über die Lage der Menschenrechte in Afghanistan durchzuführen.

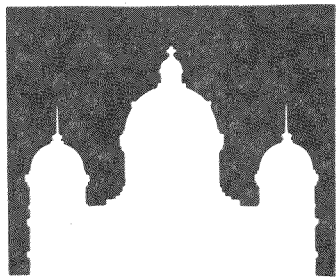
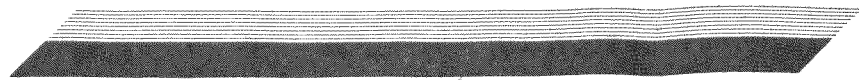
Auch wenn dem Berichterstatter bei seinen Untersuchungen viele Hindernisse in den Weg gelegt wurden, ist es ihm gelungen, umfangreiches Material zusammenzutragen, das sich häufig auf Aussagen persönlich Betroffener oder direkter Zeugen stützt. Der Bericht ist ein Dokument unvorstellbaren Grauens. Er enthält Aussagen von Gefolterten und stellt Massenerschiessungen politischer Gegner fest. Er schildert das Flüchtlingselend und bestätigt, dass ungefähr vier Millionen Afghanen, also etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung, Zuflucht ausserhalb des Landes gesucht haben. Er spricht von Kindern, die durch als Spielzeug getarnte, von Helikoptern massenweise abgeworfene Explosivkörper verstümmelt worden sind, von Massakern an Zivilpersonen, von der systematischen Zerstörung von Dörfern, vom Einsatz chemi-

scher Waffen gegen Menschen sowie zur Vergiftung von Getreide, Wasser und Vieh, von Deportationen und weiteren Greueln.

Natürlich wird der Bericht die Lage in dem von den Sowjets unterjochten Gebirgsland nicht unmittelbar ändern. Dennoch ist er von grosser politischer Bedeutung. Seine internationale Verbreitung und das Ansehen seines Autors, eines anerkannten Wissenschafters und Diplomaten aus einem neutralen Land, werden es den Sowjets und dem von ihnen eingesetzten Regime in Kabul schwieriger machen, die ungezählten schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen vor der Weltöffentlichkeit weiterhin zynisch zu leugnen. Das sorgfältig redigierte Dokument durchbricht wieder einmal die Mauer des Schweigens, des bequemen Vergessens oder Nichtwissens, die häufig auch in westlichen Medien das Thema Afghanistan abschirmt.

Im übrigen liefert es den Beweis dafür, dass sich in der Uno positive Kräfte mit Nachdruck für die Menschenrechte einsetzen, die auch durch den Widerstand betroffener Regierungen nicht so leicht zum Schweigen gebracht werden können.

Rudolf Friedrich, alt Bundesrat



60 JAHRE EIDGENÖSSISCHE POLITIK

Ein Beitrag zur
Partei-geschichte
des Schweizerischen
Freisinns
von Dr. Eugen Dietschi
alt Ständerat, Basel

Vor wenigen Jahren verfasste der kürzlich verstorbene alt National- und Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Geschichte der FDP der Schweiz. Sein Werk mit dem Titel «60 Jahre eidgenössische Politik» ist eine zum grössten Teil aus eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Es ist nicht nur ein Beitrag zur Partei-geschichte, sondern generell zur Geschichte der Schweiz in jüngster Zeit.

Ich bestelle... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 28.- inkl. Porto und Verpackung.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einschicken an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



Ständeherrn im Gespräch miteinander: Der freisinnige Peter Knüsel aus Luzern (links) zusammen mit dem amtierenden Ständeratspräsidenten Peter Gerber (SVP, BE). (Photo ruti)

Staatsbudgets: Zweckpessimismus?

In der 10-Jahr-Periode 1975 bis 1984 haben sowohl der Bund wie die Kantone und Gemeinden im Durchschnitt viel zu pessimistisch budgetiert. Insgesamt und kumuliert wurden in diesem Zeitraum 26,4 Mia. Fr. an Defiziten eingeplant, doch die tatsächlichen Rechnungsfehlbeträge erreichten nur etwa die Hälfte davon, nämlich 13,5 Mia. Fr. Besonders krass haben sich die Kantone verschätzt: mit 11,4 Mia. Fr. an budgetierten Defiziten standen sie dem Bund (-11,1 Mrd.) keineswegs nach; indessen schlossen die Kantonsrechnungen mit einem effektiven Fehlbetrag von total 4,3 Mia. Fr. wesentlich besser ab – weit besser auch als die Bundesrechnung (-9,8 Mia.). Bei den Gemeinden ergab sich zwischen 1975 und 1984 sogar ein Überschuss von 0,5 Mia. Fr. anstelle des veranschlagten Gesamtdefizites von 3,9 Mia. So erfreulich dies alles scheinen mag – die Zeche hat mit Sicherheit der Steuerzahler berappt, denn die «wider Erwarten» günstigeren Rechnungsabschlüsse wurden in der Regel mittels überdurchschnittlicher Steuereinnahmen erzielt, während die Ausgaben oft noch über die Budgets hinaus anstiegen.

Nach den jüngsten Wahlen

Bremi: «Bewusster, konkreter und verständlicher politisieren»

Eine politische Zwischenbilanz nach den jüngsten Wahlen und Konsequenzen daraus hat der seit Anfang des Jahres amtierende neue Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) gezogen:

Die seit Jahresbeginn in verschiedenen Kantonen und Städten durchgeführten Wahlen sind durch zwei Trends gekennzeichnet: einerseits das Wiedererwachen der Nationalen Aktion und ein parallel dazu verlaufendes Erstarren der Grünen. Andererseits verloren oder stagnierten alle etablierten Parteien. Allerdings ist gleich vorweg davor zu warnen, aus diesen Entwicklungen gesamtschweizerische Folgen abzuleiten. Weder Genf noch Winterthur, geschweige denn Zürich sind die Schweiz. Davon zeugen allein die Gemeinde- und Kantonalwahlen in der Waadt, wo die NA wohl zum Teil Erfolge verbuchen konnte, der eigentliche Gewinner aber die Freisinnigen sind.



nigen Bäume jetzt offenbar nicht mehr in den Himmel wachsen», und er dies – Originalton Hubacher – «tröstlich» fände, erliegt er gleich mehrfachen Irrtümern. Zum einen: Sicher, die FDP-Bäume sind nur noch im Kanton Waadt gewachsen, aber sie sind auch nicht wesentlich beschnitten worden. Denn die FDP konnte die in den vorhergehenden Wahlen eroberten zusätzlichen Sitze halten. Dies gilt auch für die Stadt Zürich, wo die Freisinnigen die vor acht Jahren im Gemeinderat eroberten drei zusätzlichen Sitze bewahren und von den vor vier Jahren gewonnenen ebenfalls einen behalten konnten.

Die längerfristige Bilanz für die letzten Wahlgänge sieht also bei der FDP trotz Verlusten immer noch positiv aus. Anders bei der SP. Deshalb ist die Hubachersche Morgenröte trügerisch: Auch die Schweizer wenden sich kontinuierlich vom Sozialismus ab. Seine Integrationskraft schmilzt, weil zeitgemässe und vom Volk akzeptierte Ziele fehlen. Er fällt in die Rolle des Widerstandes und der Opposition zurück.

Mangelnde Geschlossenheit bei den bürgerlichen Parteien

Die Erfolge der bürgerlichen Parteien in den früheren Wahlen haben auch Probleme aufgeworfen. Dies gilt auch für die Freisinnigen. Traditionelle Wahlbündnisse – etwa in den Kantonen Genf und Waadt – wurden nicht mehr erneuert. In der Stadt Zürich hielt das vor vier Jahren getroffene Arrangement nicht einmal über eine Legislaturperiode. In den Städten Zürich und Genf, wo bei den Freisinnigen offenbar Meinungsverschiedenheiten herrschten, gelang es der politischen Linken, ihre tiefgreifenden Differenzen zu überspielen. Zudem verzichtete sie weitgehend auf klassenkämpferische Parolen, verschwie ihre die Gesellschaftsveränderung postulierenden Begehren und liess die linden Lüfte des Umweltschutzes wehen. Die bürgerlichen Parteien waren zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um auf diese Samtpfoten zu klopfen. Es wäre an ihnen gelegen, die von der SP als grün verkaufte Strategie der Verweigerung der Entwicklungsmöglichkeiten als wirtschaftsfeindlich und isolationistisch zu brandmarken.

Offener und stärker politisieren

Unverkennbar ist die Sorge der Wähler um die Zerstörung der Umwelt, spürbar das Verlangen nach Schutzmassnahmen. Gesucht sind wieder Heimat, Geborgenheit, Wohnlichkeit und Si-

cherheit. Ebenso spürbar ist die Angst vor Wandlungen und Fremdem. Diese Gefühle scheinen im jetzigen Zeitpunkt am ehesten aufgenommen zu werden von Kräften ausserhalb des überkommenen Parteienspektrums: Einige ziehen sich entweder in das von der NA angebotene nationale Schneckenhaus zurück. Andere schliessen sich den sich in den unterschiedlichsten Farbnuancen präsentierenden grünen Gruppierungen an.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für die etablierten Parteien. Insbesondere an alle Bundesratsparteien. Hoffentlich spürt das auch der SPS-Präsident. Wir Freisinnigen werden den Ball jedenfalls aufnehmen, denn wir sind herausgefordert. Dem frem-

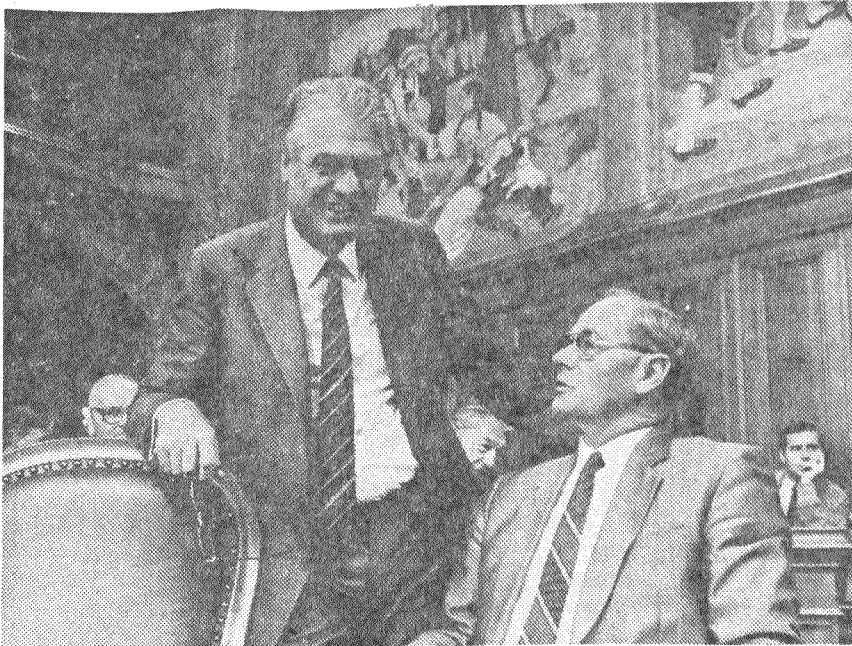
denfeindlichen Trend begegnen wir nicht damit, dass wir zu einer Radikalisierung in der Asylpolitik schreiten. Der Umwelt nützen wir nichts mit unrealistischen grünen Forderungen. Wir Freisinnigen werden auf unserem Kurs weiterfahren, aber wir müssen es konsequenter tun. Wir werden uns vermehrt darum bemühen, dem Wähler unsere Politik zu erklären, sie ihm verständlich zu machen und ihm zuzuhören. Wir werden sein Vertrauen zurückgewinnen, indem wir ihm aufzeigen, dass es für die Probleme unserer Zeit gesamtheitliche Lösungen gibt und dass wir sie verwirklichen können. Von unserer Fähigkeit, bewusster, konkreter und verständlicher zu politisieren, hängt der Erfolg unserer Politik ab.

Gegen Verwässerung bei der Asylgesetzrevision

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung setzt sich für ein zügiges Durchziehen und gegen eine Verwässerung der laufenden Asylgesetzrevision ein. Sie bedauert, dass die Vorlage nicht wie vorgesehen in der bevorstehenden Märzsession von beiden Räten bereinigt werden kann. Obwohl die Revision dem Parlament unterbreitet wurde, erleidet sie durch den Beschluss der ständerätlichen Kommission, die Vorlage erst in der Sommersession zu beraten, eine unnötige Verzögerung.

Die FDP-Fraktion verlangt eine Revision, welche den Behörden mehr Kompetenzen und Beweglichkeiten im Gesetzesvollzug sowie in der Bekämpfung von Asylmissbräuchen einräumt. Sie wird sich deshalb Verwässerungen dieser Zielsetzung, wie sie sich in der vorbereitenden nationalrätlichen Kommission abzeichneten, entschieden widersetzen.

Nachdem die Mehrzahl der Kantone sowie im Dezember auch Bundesrat und Parlament eine Globallösung zur Minderung des Pendenzenberges abgelehnt haben und das nötige Personal für dessen Bewältigung zurzeit angestellt wird, stellt sich die FDP-Fraktion gegen eine Kehrtwendung in dieser Frage. Eine Hüst-und-Hott-Politik führt nach ihrer Auffassung nur zu Verunsicherung. Wenn dank der Gesetzesrevision alle neuen Asylgesuche innert sechs bis acht Monaten erledigt werden können, wird dies zusammen mit einer konsequenten Heimerschaffungspraxis die Attraktivität der Schweiz für unechte Asylanten wesentlich herabsetzen. So können es nach Meinung der freisinnigen Fraktion die zahlreichen bestehenden Härtefälle, insbesondere bei Ehepaaren mit Kindern, ohne willkürliche Zeitlimate über die in der Revisionsvorlage vorgesehene «vorläufige Aufnahme» gelöst werden. Die Fraktion wird deshalb für diese humanitäre Lösung eintreten.



FDP-Nationalrat Richard Reich (Forch ZH) im Gespräch im Ständeratssaal mit einem der beiden Zürcher Standesherrn, SVP-Ständerat Jakob Stucki (sitzend). (Photo ruti)

Lieber Leser

Für politisch Interessierte und Engagierte stehen in der Innenpolitik gegenwärtig drei Themen im Vordergrund:

- die bevorstehende Abstimmung über einen Beitritt unseres Landes zur Uno;
 - der in einer grünen Verpackung präsentierte Fiskalcoup des Bundesrates;
 - die jüngsten Wahlen in verschiedenen Kantonen und Städten.
- Auf alle diese drei Themen geht die vorliegende «Freisinn»-Nummer ein.

Die FDP der Schweiz hat sich an einer stark besuchten Delegiertenversammlung und nach einer überaus engagiert geführten Auseinandersetzung, in welcher sowohl Befürworter wie Gegner eines schweizerischen Uno-Beitritts zu Worte kamen, deutlich für einen solchen Schritt ausgesprochen. Inzwischen haben auch die Kantonalparteien ihre Abstimmungsempfehlungen herausgegeben. Dabei kam es, nicht überraschend, zu zahlreichen abweichenden Parolenbeschlüssen. Aus diesem Grunde kommt in dieser «Freisinn»-Nummer nochmals ein Gegner zu Worte.

Unmissverständlich Stellung bezogen haben zu den jüngsten Fiskalbeschlüssen der Landesregierung sowohl die Parteileitung der FDP der Schweiz wie auch die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Das Vorpellen des Bundesrats zur Erschliessung neuer Einnahmenquellen wurde heftig kritisiert.

Aber ebenso deutlich, wie sie sich ablehnend zur Vorlage und zum Vorgehen geäußert haben, brachten die freisinnigen Sprecher zum Ausdruck, dass die FDP am Ziel des mittelfristigen Ausgleichs des Bundeshaushaltes festhält.

Die freisinnige Haltung zum Fiskalcoup des Bundesrates erläutert in dieser Ausgabe Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti.

Unterschiedliche Reaktionen haben die jüngsten Wahlen in verschiedenen Kantonen und Städten ausgelöst. Eine erste Zwischenbilanz aus freisinniger Sicht hat im Pressedienst der FDP der Schweiz der neue Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH), gezogen. Wir möchten seine Stellungnahme den «Freisinn»-Lesern nicht vorenthalten.

Richard Reich

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



Schweizerische Bankgesellschaft

Verfehlte SP-Schadenfreude

Wenn SPS-Präsident Nationalrat Hubacher hofft, dass «die freisinnigen

Fortsetzung von Seite 1

brauch von Öl einzudämmen: Der Endverbrauch von Heizöl schwer wurde seit 1975 um mehr als die Hälfte gesenkt. Die Luftreinhalteverordnung, die in Kraft getreten ist, macht für viele Betriebe weitere Investitionen notwendig, die scharfen Emissionsbegrenzungen einzuhalten.

Ist es da vertretbar, zu all diesen – umweltpolitisch gerechtfertigten – Belastungen der Industrie nun über Nacht weitere ins Gewicht fallende Abgaben aufzubürden? Diese sollen zudem nach Absicht des Bundesrates auch bei steigenden Ölpreisen weiter Bestand haben. Sie führen für einige Branchen neben der berichtigten Investitionsbesteuerung durch die Wüst (Taxe occulte) zu einer zusätzlichen Wettbewerbsverzerrung.

Keine Notsituation – deshalb Nein

Aus all diesen Gründen kann die FDP-Fraktion der Bundesversammlung das Vorgehen des Bundesrates nicht akzeptieren. Eine unverzügliche Behandlung des Geschäftes in den Räten wäre ausserordentlich wünschbar gewesen, um für Konsumenten und Wirtschaft bald klare Verhältnisse zu schaffen. Nach Überzeugung der einstimmigen FDP-Fraktion muss die überstürzte und undifferenzierte Vorlage des Bundesrates wegen der rechtlichen Fragezeichen und der gravierenden Mängel abgelehnt werden. Wenn der Bundesrat neue Einnahmequellen erschliessen will, so zwingt ihn heute keine Notsituation, den ordentlichen Weg zu verlassen und seine Vorschläge nicht von Anfang an der parlamentarischen Beratung zugänglich zu machen.

Planen und Bauen aus einer Hand heisst: **Auch einen kleinen Betrieb so entwerfen und vollenden, dass er ganz gross funktioniert. Unter einem garantierten Kostendach.**

Gellinger AG
CH-8401 Winterthur 052/22 74 34 Schicken Sie uns Ihre
CH-1462 Yvermond 024/32 11 32 Visitenkarte. Wir senden
CH-1211 Genève 022/44 69 30 Ihnen die Dokumentation.

Gellinger: Der Schweizer Generalunternehmer, der fixfertig plant und baut. **GEILINGER**

Der bekannte Luzerner Künstler Hans Erni hat für die Befürworter eines Uno-Beitrittes unentgeltlich ein Plakat entworfen. Er hat dazu an einer Vernissage wie folgt Stellung bezogen:



«Ein Plakat braucht eigentlich keine Erklärung, es müsste auf der Strasse seine Funktion ohne Erklärung erfüllen. Trotzdem sei dazu gesagt: In der Nuss kann sich der Betrachter unser Land und darin den eher verschlossenen Schweizer vorstellen. Mit dem Hinaustreten aus der Nusschale soll etwas Befreiendes angedeutet sein: Der Schritt hinaus aus unserer Enge in die Weltwirklichkeit.

Der Schritt der Frau in der schwarzen Arbeitsschürze aus dem Gehäuse ist ein Schritt in die weite Weltlandschaft. Ihr Fuss berührt den steinigen, kargen Boden. Gemeint ist damit der über die Erde verbreitete Hunger, die Not.

Kein besorgter Mitmensch kann unberührt daran vorbeisehen – den Blick wegwenden. «Sortir de sa coquille», die harte Schale aufstossen, sich aus ihr befreien ist jetzt Pflicht der mehrheitlich wohlbestallten Eidgenossen.

In unserem rohstoffarmen Land stützt sich der Wohlstand in grossem Masse auf Handel, auf den Austausch im Globalen.

Mit dem Beitritt zur Uno könnten wir zum mindesten einige bewährte Seiten unserer Demokratie-Erfahrung im Weltverband lebendig demonstrieren. Ich wünsche, dieser Plakatentwurf werde helfen, unser Ziel zu erreichen.»

Dieses Plakat steht im Weltformat (90,5 x 128 cm) wie auch im Format A3 (29,7 x 42 cm) – selbstverständlich mehrfarbig – Interessenten zur Verfügung.



Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

wünscht Zustellung des Uno-Plakates von Hans Erni

.... Ex. Weltformat à Fr. 15.-

.... Ex. Format A3 à Fr. 4.-

Talon bitte einsenden an: Geschäftsstelle Uno-Komitee, Postfach 1759, 3001 Bern.

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

Liegenschaftsverwaltung, Erstvermietung.

Liegenschaften zu verwalten braucht Zeit. Und weit mehr als nur Fingerspitzengefühl, wenn der Wert der Liegenschaft erhalten werden soll. Denn viel ist unter Dach und Fach zu bringen. Unterhalt, Mietzins, Steuern, Vertragsabschlüsse usw. Da ist ein Team von erfahrenen Fachleuten genau das Richtige. Wir sorgen dafür, dass Sie keine Zeit verlieren. Und dass am Ende die Rechnung stimmt.

Wir betreuen Ihre Liegenschaften ebenso umsichtig wie unsere eigenen

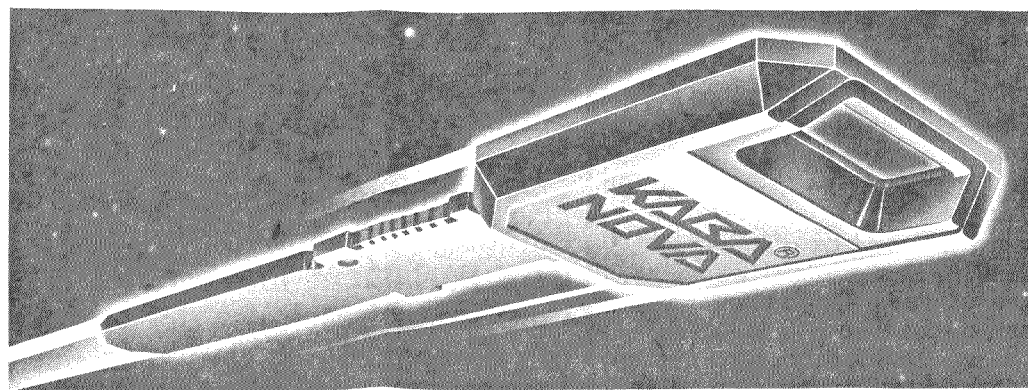
Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,
Telefon 01/316 13 31

DAS EXCLUSIVE
Partnerwahlinstitut für ANSPRUCHSVOLLE
Überregional/International
Introduction
Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Tel. 031 22 21 12
Wir senden Ihnen Unterlagen
Kein Vertreterbesuch
Gegründet 1956

Günstig abzugeben:
Komplette Fotosatzeinrichtung, interessant für Buch-, Zeitschriften- oder Werbeverlag, en bloc 20 000.-
Details über Atelier Alinea, (061) 35 11 44 (35 92 22).

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

Bauer KABA

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

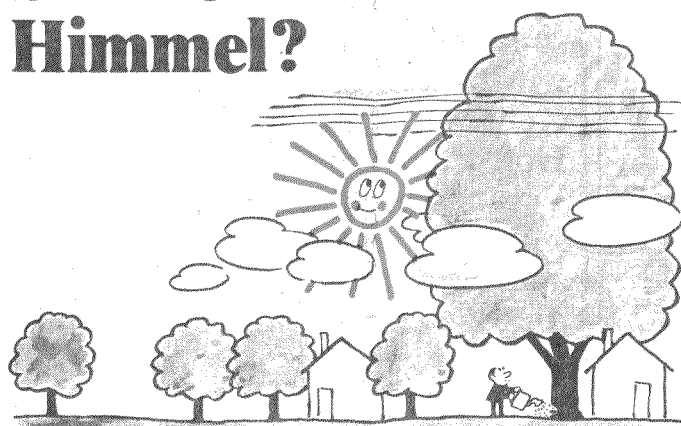
SBG aktuell
Auszug



Nr. 1/86

Informationen und Meinungen

Wachsen die Börsenbäume in den Himmel?



Gibt es an der Börse leichtes Geld zu verdienen? 57 Prozent Kurssteigerung bei den Schweizer Aktien im letzten Jahr. Rekordumsätze am laufenden Band. Was steckt dahinter? Steigen die Wertpapierkurse 1986 weiter oder folgt die Konsolidierung? Oder kommt es sogar zur Wende? SBG-Direktor Karl Baumgartner, Chef der Inlandbörse der Bank, stand dem Wirtschaftsjournalisten Dr. Werner Leibaacher Rede und Antwort.



Karl Baumgartner, Chef der Inlandbörse der SBG

Im Kurs einer Aktie drücken sich verschiedenartige Zukunftserwartungen aus. «Wenn jemand zum Beispiel Nestlé-Aktien erwirbt, so tut er dies, weil er Vertrauen in die weitere Entwicklung dieses Unternehmens hat», betont Karl Baumgartner. Die Börse ist nämlich ein Marktplatz im ursprünglichsten Sinn. Angebot und Nachfrage treffen hier zusammen. Wenn mehr Käufer als Verkäufer

einer bestimmten Aktie da sind, geht der Kurs nach oben. Und er steuert nach unten, wenn viele ihre Titel abstossen. Denn die Börse ist keine Einbahnstrasse und die Aktie kein Guthaben auf einem Sparheft, das risikolos wächst. Der Aktionär ist vielmehr am Gewinn und Verlust «seines» Unternehmens beteiligt.

Der Börsenkurs, in unserem Beispiel der Nestlé-Aktie, wird aber nicht allein durch die Zukunftsaussichten des betreffenden Unternehmens bestimmt. Börsenfachmann Baumgartner: «Massgebend sind ferner die gesamten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn es der amerikanischen Wirtschaft gutgeht, profitieren davon auch viele Schweizer Exportunternehmen und ihre Zulieferer.» Von wesentlicher Bedeutung für die Gangart der

Börse ist aber auch die Zinsentwicklung.

Was aber ist in den vergangenen Monaten an den Schweizer Börsen passiert? Seit längerem sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstig für eine gute Börsenlage. Die meisten Branchen und Betriebe florieren. Zudem, so K. Baumgartner, hatten die Schweizer Börsen gegenüber anderen Börsenplätzen, wie z. B. New York oder Tokyo, einen Nachholbedarf. Auch locken höhere Dividenden vieler Unternehmen und/oder attraktive Kapitalerhöhungen zum Aktienkauf.

Zusätzlich stimuliert worden ist die Börse durch sogenannte Neu-Einführungen: Verschiedene angestammte Firmen mit ausgewiesenen gutem Geschäftsgang haben ihre Aktien an der Börse einem grösseren Käuferkreis zugänglich gemacht. Auf diese Weise wollten sie ihr Risikokapital und die Zahl der daran Beteiligten erweitern. Derartige Beispiele verdeutlichen die ursprüngliche Herzfunktion der Börse: anlage-suchendes Kapital zukunftssträchtigen Investitionen zuzuführen.

Wachsen 1986 die Börsenbäume in den Himmel?

Die Börse ist keine Einbahnstrasse und die Aktie kein Guthaben auf einem Sparheft, das risikolos wächst

Kaum! Denn die Korrektur nach unten kommt ebenfalls, die letzten Wochen haben dies einmal mehr bewiesen. Wenn die Kurse steigen, wird die Rendite einer Aktie immer kleiner. Klettert ein Papier, das seinem Besitzer z. B. 20 Franken Dividende auf 1000 Franken Kapital bringt, wirft je-

des Sparheft mehr Ertrag ab; und erst noch ohne Risiko. Wird eine Aktie teurer, wollen in der Regel immer mehr Leute verkaufen statt kaufen. Und der Preis sinkt. Wer auf einen Kursgewinn spekuliert, erwirbt eine Aktie in der Absicht, sie teurer abstossen zu können. Je höher der Kurs, desto mehr wollen das Geschäft machen und ihren Gewinn realisieren. Entsprechend mehr Anbieter treffen auf eine kleinere Nachfrage. Die Kurse geraten unter Druck. Wie kann man an der Börse Geld verdienen? Kursgewinne ergeben sich

Kursgewinne ergeben sich nur beim richtigen Timing, d. h. im günstigen Moment kaufen beziehungsweise verkaufen. Wer diesen Moment verpasst, verdient wenig oder nichts

nur beim richtigen Timing, d. h. im günstigen Moment kaufen beziehungsweise verkaufen. Wer diesen Moment verpasst, verdient wenig oder nichts. Im schlechtesten Falle muss man sogar einen Verlust in Kauf nehmen. Diese Gefahr wächst noch bei einer sprunghaften Börsentendenz. Dann kann es passieren, dass ein einziger amerikanischer «Zinsguru», wie unlängst an der Wall Street, mit fragwürdigen Prognosen eine Verkaufswelle auslöst.

Dennoch, die konjunkturellen Rahmenbedingungen und die Verfälschung der Börse hält der Praktiker Karl Baumgartner weiterhin für intakt. Auch nach der kürzlich erlebten Korrektur im Zeichen des schwachen Dollars ist er für eine weitere Kursverbesserung durchaus zuversichtlich gestimmt: dies, sofern allgemein keine negativen Überraschungen eintreten.

Die aktuelle Informationsseite «SBG aktuell» der Schweizerischen Bankgesellschaft sind in jeder SBG-Geschäftsstelle erhältlich.

Herausgabe und Redaktion: Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.

Ungerechte Steuervorlage vor dem Ständerat

Neue Ungerechtigkeiten im Bundessteuerrecht?

In der dritten Woche der laufenden Märzsession wird der Ständerat die Revision der direkten Bundessteuer debattieren. Dabei geht es (indirekt) auch um die von der FDP lancierte Initiative «für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern». Ständerat Dr. Othmar Andermatt (FDP, ZG) zeigt die Zusammenhänge auf:

Die bisherigen Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung der natürlichen Personen im Bundessteuerrecht sind bekannt. Das geltende Bundessteuerrecht kennt für Alleinstehende und Verheiratete nur einen Tarif. Damit wird dem vermögensmässigen Erfordernis einer Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

nur ungenügend nachgelebt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist bei einem Alleinstehenden grösser als bei einem Verheirateten mit dem gleichen Einkommen, weil das Einkommen des Ehepartners für den Unterhalt von zwei Personen ausreichen muss. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Alleinstehenden ist aber nicht doppelt so hoch wie jene des Ehepartners, weil der Haushalt des Alleinstehenden nicht nur halb so viel kostet wie jener des Ehepartners, sondern Einsparungen von höchstens einem Drittel erlaubt.

Entscheid liegt beim Ständerat

Bei der anstehenden Revision der direkten Bundessteuer (ehemals Wehrsteuer) ist es daher ein vordringliches Anliegen, dieses Belastungsverhältnis gerecht auszugestalten. Dies kann sowohl mit einem Doppeltarif wie auch mit einem Teilsplitting geschehen. Beide Lösungen haben den Vorteil, dass sie gleichzeitig auch das



Neues aus der JBS

Mit 18 mündig

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) tritt für eine Senkung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre ein. Christian Bolliger (Dübendorf) erläutert und begründet dieses Begehren:

Da das Postulat «Mündigkeitsalter 18» verwirklicht werden soll, hat sie an ihrem ausserordentlichen Kongress in Bern beschlossen, ein Komitee zur Senkung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre zu gründen. Dieses Komitee soll auf parlamentarischem Weg eine dahingehende Änderung des Zivilgesetzbuches durchsetzen.

Das heute in der Schweiz geltende Mündigkeitsalter von 20 Jahren wurde im Jahre 1881 im Bundesgesetz über die persönliche Handlungsfähigkeit für die ganze Schweiz einheitlich festgeschrieben. Es handelte sich um einen fortschrittlichen Akt, kannten doch die meisten europäischen Staaten das von Napoleon im Code civil auf 21 Jahre festgelegte Mündigkeitsalter. Das Zivilgesetzbuch von 1907 übernahm die Regelung von 1881.

Die Anforderungen, die an einen jungen Menschen gestellt werden, haben sich aber in den letzten hundert Jahren stark gewandelt. Die körperliche Reife er-

folgt früher, das durchschnittliche Bildungsniveau ist enorm angestiegen. Vor allem aber hat sich die Stellung des jungen Menschen in der Familie und im Berufsleben grundlegend geändert. Es wird heute von einer jungen Frau nicht mehr erwartet, dass sie im Elternhaus arbeitet, bis sie verheiratet ist. In vielen Familien werden die Kinder auch schon sehr früh in den Entscheidungsprozess eingebunden und lernen Verantwortung zu tragen. Im Beruf wird heute zum Teil schon den Lehrlingen eine grosse Verantwortung übergeben. Im kaufmännischen Bereich kann ein junger Arbeitnehmer, der im 18. Altersjahr seine Lehre abgeschlossen hat, die Verantwortung für grosse Geldbeträge übernehmen. Nur für sich selbst darf er, nach Gesetz, noch nicht voll entscheiden.

Die JBS setzt sich deshalb für die Senkung des Mündigkeitsalters um zwei Jahre auf 18 Jahre ein. Damit soll den jungen Erwachsenen so früh wie möglich die Verantwortung für sich selbst übertragen werden. Die heutige Jugend ist durchaus fähig, diese Verantwortung wahrzunehmen. Die derzeitige Situation mit ihren einseitigen Anforderungen hingegen ist für den Jugendlichen unbefriedigend und belastet ihn wohl mehr, als wenn er in allen Bereichen ernst genommen wird und die ganze Verantwortung tragen kann und muss. Die Herabsetzung des Mündigkeitsalters gerät somit zum Prüfstein einer glaubwürdigen Jugendpolitik, die den jungen Menschen als Ganzes ernst nimmt. Mehr Freiheit und Selbstverantwortung für die Jugend soll hier der Leitspruch sein.

heute stossende Missverhältnis in der Steuerbelastung zwischen den berufstätigen verheirateten und unverheirateten Paaren abbauen.

In der Märzsession wird der Ständerat nach fast zweijähriger Beratung die mit der Steuerharmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden gekoppelte Revision der direkten Bundessteuer als Erstrat behandeln. Der Vorschlag, den die vorbereitende Kommission bei der Tarifgestaltung für die natürlichen Personen dem Plenum unterbreitet, ist zwar um einiges besser als der entsprechende bundesrätliche Vorschlag. Es wird auf eine Erhöhung des Höchstsatzes beim Tarif verzichtet und damit eine Neuauflage der «Reichtumssteuer» verhindert. Dennoch kann der Vorschlag der Kommissionmehrheit nicht befriedigen.

Untragbare Mehrbelastungen der Alleinstehenden

Die Entlastungen, welche den Ehepaaren via Doppeltarif und Sozialabzüge zugute kommen sollen, stehen Mehrbelastungen der Alleinstehenden gegenüber, die in sämtlichen Einkommenskategorien durchgehend mehr Steuern abzuliefern hätten als nach dem geltenden Recht. Die Entlastungen einerseits und die Mehrbelas-

tungen andererseits haben zur Folge, dass die Belastungsdifferenz zwischen den Alleinstehenden und den Verheirateten mit dem gleichen Einkommen den als angemessen beurteilten Drittel bei weitem übersteigt.

Bei einem Einkommen von 40 000 Franken beispielsweise soll ein Verheirateter ohne Kinder 208 Franken, ein Alleinstehender 528 Franken bezahlen. Bei 50 000 Franken Einkommen hat der kinderlose Verheiratete Fr. 463.60 abzuliefern, der Alleinstehende hingegen 912 Franken, und bei 60 000 Franken Einkommen stehen einem Steuerbetrag von 862 Franken des Verheirateten 1519 Franken des Alleinstehenden gegenüber.

Freisinnige Initiative ist gerechter

Diese Differenzen können unter dem Erfordernis einer angemessenen Besteuerung im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht akzeptiert werden. Es liegt daher ein Minderheitsantrag der freisinnigen Ständeräte vor, der sich in Anlehnung an die von der FDP Schweiz gestartete Steuerinitiative dafür einsetzt, dass bei dieser Steuerrevision im Bund niemand stärker besteuert wird als unter dem geltenden

Montreux

Der diesjährige Parteitag der FDP der Schweiz findet am

- 18./19. April in Montreux
- 23. August (in Bern)
- 25. Oktober (in Bern)

Recht. Die ohnehin schon viel zu steile Progression im Bundessteuerrecht soll nicht noch weiter verschärft werden, und die Belastungsdifferenz zwischen den Alleinstehenden und den Ehepaaren soll sich in der Grössenordnung eines Drittels bewegen.

Es geht nicht an, im Bestreben, das beanstandete Steuergesetz zugunsten der Konkubinatspaare abzubauen, für eine andere und grössere Gruppe von Steuerpflichtigen, nämlich für die vielen Alleinlebenden, neue und noch stossendere Ungerechtigkeiten zu schaffen. Es ist ein dringendes Gebot der Steuergerechtigkeit, das Verhältnis zwischen Alleinstehenden und Verheirateten so auszugestalten, dass die Solidaritätsleistung der Alleinstehenden nicht überstrapaziert wird. Die FDP-Steuerinitiative sollte helfen, dieses Ziel zu erreichen.

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE FÜR EHE- UND FAMILIENGERECHTERE BUNDESSTEUERN

Im Bundesblatt veröffentlicht am 3. September 1985

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 41ter Abs. 5 Bst. c vierter Satz (neu)

Bei der Festsetzung der Tarife und Abzüge für die natürlichen Personen ist den Lebenshaltungskosten der Familien angemessen Rechnung zu tragen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 8

1 Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinn von Artikel 41ter bleiben die am 31. Dezember 1988 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die direkte Bundessteuer und die Biersteuer mit den nachstehenden Änderungen in Kraft.

2 Bei der direkten Bundessteuer gelten für die nach dem 31. Dezember 1988 beginnenden Steuerjahre folgende Bestimmungen:

- a. Für Verheiratete sowie für verwitwete, geschiedene oder ledige Steuerpflichtige, die zusammen mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen einen Haushalt führen, sind vier Fünftel des steuerbaren Einkommens für den Steuersatz massgebend. Bei diesen Steuerpflichtigen entfallen die Prozentermässigungen auf dem Steuerbetrag, soweit sich dadurch nicht höhere Belastungen als aufgrund des bisherigen Rechts ergeben.
 - b. Der Abzug für jedes Kind wird um einen Viertel gegenüber dem bisherigen Recht erhöht.
 - c. Der Abzug vom Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten wird auf einen Fünftel dieses Einkommens, höchstens aber auf fünf Viertel des nach bisherigem Recht geltenden Abzuges heraufgesetzt. Der nach bisherigem Recht geltende Abzug bleibt gewährleistet.
- 3 Der Bundesrat passt den Beschluss über die direkte Bundessteuer den Änderungen in Absatz 2 an.
- 4 Aufgehoben

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____ Politische Gemeinde, PLZ: _____

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					

Ablauf der Sammelfrist: 3. März 1987

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) _____ Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

_____, den _____

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Amtsstempel

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:
Bruno Hunziker, Nationalrat, Gotthelfstrasse 33, 5000 Aarau (Präsident); Robert Ducret, Ständerat, Rue Joseph-Girard 21, 1227 Carouge; Susi Eppenberger, Nationalrätin, Wasserbrugg, 9650 Nesslau; Massimo Pini, Nationalrat, 6576 Gerra Gambarogno; Jean-Jacques Cevey, Nationalrat, Avenue Belmont 41, 1820 Montreux; Othmar Andermatt, Ständerat.

Frohburgweg 16, 6340 Baar; Ulrich Bremi, Nationalrat, Alte Landstrasse 48, 8702 Zollikon; Franco Masoni, Ständerat, Via Zurigo 10, 6901 Lugano; Vreni Spoerry, Nationalrätin, Claridenstrasse 3, 8810 Horgen; Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär, Landstrasse 3, 2502 Biel.

Weitere Listen können unentgeltlich bestellt werden beim Schweizerischen Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern (Telefon [031] 22 34 38).



Ganze Liste – vollständig oder teilweise ausgefüllt – bitte einsenden an: Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

Ständerat Hänsenberger: Im Interesse unseres Landes

«Die Uno ist nötig»

Für den freisinnigen Berner Ständerat Arthur Hänsenberger ist «die Uno nötig». Er plädiert deshalb für ein Ja. Er begründet seine Haltung mit folgender – wie er es selbst bezeichnet – «Kosten-Nutzen-Analyse»:

Alle wissen, dass die Uno keine Organisation frei von allen Mängeln und Schwächen ist. Sie ist ein Spiegelbild der unvollkommenen Welt. Bei der kommenden Volksabstimmung geht es nicht darum, über die Uno und die Welt ein Urteil abzugeben, sondern unter anderem darum, abzuwägen, ob uns der Beitritt zur Uno etwas nützt. Es geht also auch um eine Kosten-Nutzen-Analyse.

Ausgeschlossen

Als Nichtmitglied sind wir von der Mitarbeit ausgeschlossen. Wir können an keinen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, und, was besonders wichtig ist, wir können an der Aushandlung internationaler Verträge nicht mitarbeiten, die heute fast alle im Rahmen der Uno ausgearbeitet werden und denen wir dann beitreten. Von der Konvention gegen die Folter über den Atomsperrevertrag zum Übereinkommen über den internationalen Warenverkehr, von Konsumentenschutz-Richtlinien über die Liste von gefährlichen Produkten bis zum Übereinkommen gegen die Geiselnahme, alles wird heute in der Uno ausgehandelt, immer ohne Mitwirkung der Schweiz.

Oft unterzeichnen und ratifizieren wir diese Abkommen trotzdem. Damit kommen wir in die unangenehme Lage, dass wir ein Recht anwenden, an dessen Ausgestaltung wir nicht mitwirken konnten. Auch wir als Kleinstaat – wobei zu berücksichtigen ist, dass wir in wirtschaftlicher sowie finanzieller Hinsicht alles andere als ein Kleinstaat sind – hätten als Uno-Mitglied durchaus die Möglichkeit, in uns betreffenden Angelegenheiten unseren Standpunkt klarzumachen. Wir tun dies schon heute in allen Uno-Unterorganisationen und in andern internationalen Gremien mit Erfolg. Die Uno ist zu einem wichtigen aussen- und aussenwirtschaftspolitischen Instrument geworden. Unserer Interessenvertretung zuliebe sollten wir ihr beitreten.

Die Uno ist kein Superstaat. Ihre Mitglieder geben keinen



Souveränitätsanspruch auf mit dem Beitritt. Sie ist vergleichbar mit der Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft, wo auch mit schwerfälligen Verfahren, mit gebundenen Mandaten der Vertreter verhandelt wurde. Die Schweiz bleibt auch als Mitglied unabhängig. Sie könnte in der Uno die Position der westlichen Demokratien und der Industriestaaten stärken, was von diesen uns nahestehenden Ländern geschätzt würde.

Uno-Beitritt stärkt Neutralität

Auch für unsere Neutralität wäre ein Uno-Beitritt ein Vorteil. Nicht nur der Bundesrat und eine klare Mehrheit des Parlaments sowie sämtliche Völkerrechtsprofessoren an Schweizer Hochschulen sind sich einig, dass die Schweiz ihre traditionelle, bewaffnete und dauernde Neutralität als Uno-Mitglied vollumfänglich beibehalten kann. Verschiedene Experten sind sogar der Ansicht, dass der Beitritt unsere Neutralität stärken würde: Wir könnten nämlich als Mitglied unsere Neutralität besser bekanntmachen, nicht nur im europäischen Rahmen, in dem sie gewachsen ist, sondern auch weltweit. Wir hätten die Möglichkeit, auf Unterschiede zu anderen Neutralitätsauffassungen und auf die Besonderheiten unserer Neutralität sowie auf unsere Verteidi-

gungsanstrengungen hinzuweisen.

Neutrale sind willkommen

Wir könnten die Neutralität aber auch für andere Staaten noch nutzbringender einsetzen, beispielsweise indem wir als Uno-Mitglied vermehrt Gute Dienste leisten würden. Neutrale sind in der Uno willkommen. Um es mit den Worten des Uno-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar zu formulieren: Die Neutrale sind nicht trotz sondern wegen ihrer Neutralität willkommen. Denn die Uno sucht immer wieder für ihre diplomatischen Missionen oder für wichtige Kommissionen Vertreter neutraler Länder. So spielen denn auch z. B. Österreich und Schweden eine bedeutende Rolle in der Uno. Es ist kein Zufall, dass schon beide Staaten einen Uno-Generalsekretär stellen konnten (Dag Hammarskjöld und Kurt Waldheim).

Die Uno stellt in unserer zerrissenen Welt den einzigen – wenn auch minimalen – Ordnungsrahmen dar. Sie leistet einen Beitrag an Friede und Sicherheit in der Welt. Ihr ist es nicht gelungen, viele der seit 1945 aufgetretenen Krisen zu verhindern, sie hat aber nachweislich mehrere gefährliche Konflikte, die weltweite Dimensionen hätten annehmen können, lokalisiert.

Die Welt ist klein und eng geworden

Die Welt ist klein und eng geworden. Die Probleme machen nicht vor Landesgrenzen halt. Man denke zum Beispiel an ansteckende Krankheiten, die nicht durch ein Gesundheitsprogramm eines einzigen Staates beseitigt werden, oder an die Luftverschmutzung, die keiner im Alleingang beheben kann. Aber man denke auch an die Bevölkerungsexplosion, die uns alle betrifft.

Die Uno nimmt sich solcher Probleme an: So konnten dank der Vereinten Nationen vor einigen Jahren die Pocken gänzlich ausgerottet werden. Zur Verbesserung der Luft wurde ein Uno-Übereinkommen über den Schutz der Ozonschicht ausgearbeitet. Der Uno-Bevölkerungsfonds betreut über 3000 Programme in 131 Ländern, um Bevölkerungsfragen lösen zu helfen. Ein Kleinstaat ist auf internationales Recht angewiesen, ist interessiert an Verhandlungslösungen, an internationalen Vereinbarungen. Die Schweiz hat Erfahrung im Regeln von Differenzen zwischen verschiedenen Rassen und Sprachen und hat früher ein gewichtiges

Wort mitgeredet bei der Ausbildung des Völkerrechts. Weil die Schweiz bei der Uno nur den abgewerteten Beobachtersitz innehat, kann sie bei der Formulierung der Abkommen überhaupt nicht mitwirken.

Noch ein Wort zu den angeblich gigantischen Ausmassen der Uno-Bürokratie. Das Uno-Jahresbudget ist kleiner als jenes der Stadt Zürich. Im Generalsekretariat der Uno arbeiten 16 000 Personen. Zum Vergleich: In der Stadtverwaltung Zürich 6000 Personen. Die Uno kostet pro Kopf der Weltbevölkerung 35 Rappen. Ist sie das wirklich nicht wert?

Für mich steht fest: Die Uno ist nötig. Die Schweiz ist in der Uno wegen ihrer Neutralität willkommen. Der Beitritt liegt in unserem Interesse.

Nationalrat Künzi zur Uno-Abstimmung

Ja aus staatspolitischen Gründen

FDP-Nationalrat Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, beantwortet die Frage eines schweizerischen Uno-Beitrittes auch aus staatspolitischen Gründen mit einem Ja:

Ohne Zweifel werden wir durch den Beitrittsantrag von Bundesrat und Parlament vor eine der wichtigsten staatspolitischen und völkerrechtlichen Entscheidungen unseres Landes in dieser Generation gestellt. Mit einem nicht unberechtigten republikanischen Stolz weisen wir darauf hin, dass die Schweiz das einzige Land der Welt ist, das diesen entscheidenden Schritt durch eine Volksabstimmung zu vollziehen hat. Um so mehr auferlegt uns das allen die Pflicht, ihn in ruhiger, sachlicher Überlegung, abseits von Euphorie, Demagogie oder Gleichgültigkeit, vielmehr in guthelvetischer Nüchternheit, aber auch im Bewusstsein unserer internationalen Solidarität zu tun.

Gewiss, man kann heute fuderweise Argumente gegen einen Beitritt der Schweiz als Vollmitglied der Uno herschleppen. Nichts ist leichter, nicht aber auch billiger, als über gewisse Schwächen der Uno und über die zum Teil übertriebene Rhetorik der Vollversammlung loszuziehen. Bei all diesen Argumenten, die auch in durchaus verantwortungsbewussten Gremien vorgebracht werden, ist aber eine gewisse Emotionalität zu erkennen.

Am entscheidenden Punkt: an der internationalen Stellung unseres Landes; an der Frage, ob es aktiv mitwirken wolle an der notwendigen Entwicklung des Völkerrechtes in der Richtung internationaler Solidarität; ob es sich in den enormen Spannungen und Schwierigkeiten unseres Zeitalters in eine engere, nicht bloss gefühlsmässige, sondern politisch-rechtlich geformte Solidarität mit der weltumspannenden Völkergemeinschaft einfügen und doch zu-



gleich seine völlige Unabhängigkeit wahren wolle; oder ob es sich bei sorgfältiger und geschickter Wahrung seiner Einzelinteressen erlauben könne, im geschichtlichen Abseits eines helvetischen «sacro egoismo» zu existieren – an diesen zentralen Fragen reden die Gegenargumente meist total vorbei.

Stellen wir uns hier aber die Frage: Was würden wir durch einen Beitritt zur Uno gewinnen? Sie darf nicht sofort in die gutschweizerisch-utilitaristische Frage umgemünzt werden: Was würde uns ein Beitritt zur Uno nützen? Ihre Beantwortung liegt durchaus auch auf ideellem Gebiet. Wenn wir all das wahrhaben und wahrmachen, bestätigen wollen, wofür der Name der Schweiz gradstehen soll in der Welt – nämlich verbürgtes Recht, Gerechtigkeit, Freiheit, Hilfsbereitschaft, Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit, Redlichkeit –, dann gewinnen wir durch den Beitritt die einzigartige Möglichkeit, diese Ideale auch in der Welt zur Geltung zu bringen.

Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Cigarros Autenticos.



Extra Mild Panatellas von La Paz
in 10er-Blechk Dosen zu Fr. 9.-
Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Nationalrat Bonny: «Neutralität an der Mutterbrust»

Nein zum Uno-Beitritt

Die FDP der Schweiz hat sich an ihrer Delegiertenversammlung deutlich für einen Beitritt der Schweiz zur Uno ausgesprochen. Nachdem nun zahlreiche Kantonalparteien die Nein-Parole ausgegeben haben, gibt «Der Freisinn» Nationalrat Jean-Pierre Bonny (FDP, Bremgarten BE) nochmals Gelegenheit, seine ablehnende Haltung darzulegen:

Die Abstimmungskampagne über den Uno-Beitritt dürfte dereinst ein interessantes Thema für politische Studien und Analysen abgeben. Die relativ früh angesetzten schweizerischen Delegiertenversammlungen der FDP und der CVP mit ihren Ja-Parolen konnten den Eindruck erwecken, dass die beiden grossen bürgerlichen Parteien zusammen mit der zu erwartenden Zustimmung der Linken einen Vorentscheid zugunsten eines Ja in der Volksabstimmung vom 16. März herbeigeführt hätten. Das Ja der Offizialität war begleitet von einer konzertierten, von langer Hand vorbereiteten Kampagne der meisten Massenmedien und hatte auch den Sukkurs kirchlicher und universitärer Kreise. Diese Übungsanlage schien ein Ja beinahe zu garantieren.

In den letzten Wochen verdichtet sich jedoch der Eindruck, dass die Situation gründlich verändert ist. Trotz (oder vielleicht wegen?) des nie erlebten massiven Einsatzes von Bundesräten, Alt-Bundesräten, Diplomaten, Generälen und Spitzenbeamten begann das Volk zu «bocken». Gerade in den letzten Wochen haben verschiedene CVP-Kantonalparteien (darunter diejenigen der Herren Bundesräte Egli und Furgler) sowie ein gutes Dutzend freisinniger Kantonalparteien (darunter Genf) mit zum Teil sehr deutlichen Mehrheiten für das Nein optiert. Dazu kommt die Ablehnung durch SVP und Liberale. Der Unterschied zwischen den hohen Sphären der Politik und dem Volke ist frappant: je mehr man sich dem Volke nähert,



desto deutlicher wird eine ablehnende Haltung erkennbar.

Für beide Seiten sind immerhin zwei Feststellungen positiv zu werten. Es stimmt nicht – auch ich war bis vor kurzem dieser falschen Auffassung –, dass das Schweizervolk an aussenpolitischen Fragen desinteressiert ist. Die überall sehr gut besuchten Versammlungen bezeugen das Gegenteil. Es zeigt sich nun – und das ist doch ein durchaus erfreuliches Faktum –, dass weite Teile unseres Volkes sich mit dem von unserem Bundesrat während Jahrzehnten organisch entwickelten Konzept unserer Aussenpolitik, basierend auf den drei Säulen der Neutralität, der Solidarität und Disponibilität – und das ausserhalb der Uno –, identifizieren.

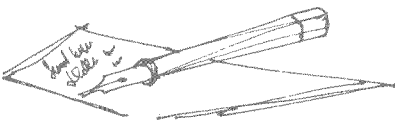
Eine zweite positive Feststellung besteht darin, dass offenbar die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger die schweizerische

Neutralität gleichsam an der Mutterbrust mitbekommen haben. Es ist beeindruckend und erfreulich, wie stark die Neutralität in breiten Schichten unseres Volkes verankert ist. Diesen natürlichen Instinkt vermögen auch Belehrungen von höchster Warte nicht zu erschüttern.

Noch steht die Entscheidung aus, und die Abstimmung darf von den Gegnern nicht etwa als

für sie entschieden betrachtet werden. Ich hoffe aber doch, dass der Entscheid des Souveräns zeigen wird, dass das Schweizervolk die ihm vom Bundeshaus zugeordneten Uno-Lektionen nicht akzeptiert. Volk und Stände haben am 16. März 1986 die Chance, klarzulegen, dass die Schweiz vorderhand noch immer von unten nach oben und nicht von oben nach unten regiert wird!

Leserbriefe



Zur Uno-Abstimmung: Grau ist alle Theorie

In der Auseinandersetzung um den Uno-Beitritt fällt auf, dass einzelne Marksteine der Schweizer Geschichte von den Gegnern zum Beweis dessen angeführt werden, dass wir gut daran tun würden, uns weiterhin abseits zu halten. Was völlig «vergessen» bleibt, sind die ärmlichen Verhältnisse, mit denen unsere Vorfahren sich zu den Zeiten abzufinden oder auseinanderzusetzen hatten, als eine Öffnung zur Welt nur eingleisig erfolgte: Wir Bündner brauchen die Auswanderer weder aus dem Tessin noch aus Ostschweizer Kantonen zu bemühen, die im Kindesalter in Italien und Deutschland unter schwierigsten Bedingungen als Kaminfeger und Viehtreiber zu verdienen versuchten. Verschiedene Publikationen der vergangenen Monate rufen uns in Erinnerung, dass Bündner aus allen Tälern in früheren Jahrhunderten gezwungen waren, ihr Auskommen im Ausland zu suchen. Dass es nicht nur Abenteuerlust war, die viele Söldner veranlasste, in fremde Dienste zu treten, dürfte inzwischen ebenfalls hinlänglich bekannt sein.

Wohlstand für alle

Und heute? Gesamthaft gesehen ist es uns noch nie so gut gegangen, und wenn wir den Wohlstand weiterhin wollen (Stichwort: Alterssicherung), so bedarf es zweifellos sehr erheblicher Mittel, um auch eine umweltgerechte Herstellung von Gütern zu gewährleisten. Die folgenden Zahlen stammen aus einer Abhandlung von Botschafter Franz Blankart, Delegiertem des Bundesrates für Handelsverträge: «Die Schweiz importiert 100% ihrer Rohstoffe, 80% ihres Energiebedarfs. Sie exportiert Waren im Wert von 67 Milliarden Franken. So gehen z. B. 95% der Uhrenproduktion – eines sauberen, d. h. die Umwelt kaum belastenden Herstellungszweiges – und 65% der Maschinen – an denen auch wir Bedarf haben – ins Ausland. Mit Lizenzen und Patenten pro Kopf der Bevölkerung stehen wir an der Spitze. Wenn jeder zweite verdiente Franken von jenseits der Grenze stammt, so bedeutet das nichts anderes, als dass wir zur Hälfte vom Handel mit dem Ausland abhängig sind.

unser Wohlergehen somit in sehr ausgeprägtem Mass davon abhängt, ob wir als fünfgrösste Finanz- und zwölfgrösste Handelsmacht weiterhin „im Rennen“ bleiben oder wir uns davon ausschliessen mit der Konsequenz, dass wir wieder sehr viel bescheidener, um nicht zu sagen in ärmlichen Verhältnissen, leben werden.»

Spezialorganisationen/Generalversammlung

Die Abstimmungsfrage, die uns am 16. März 1986 gestellt wird, ist deshalb für viele von uns so schwierig, weil wir die Lage nicht aus eigener Wahrnehmung beurteilen können, in der sich unsere Vertreter auf dem diplomatischen Parkett befinden. Wenn Botschafter Blankart das so ausdrückt: Man komme sich als Schweizer Unterhändler in Uno-Spezialorganisationen vielfach so vor wie ein Advokat, der nur zeitweise vor Gericht zugelassen wird, um die Interessen seines Klienten (d. h. der Eidgenossenschaft) zu vertreten, so hat das folgende Bewandnis.

Im Verlaufe der Jahrzehnte haben sich die Uno und ihre Spezialorganisationen nicht nur mehr und mehr mit wirtschaftlichen Fragen befasst, sondern es hat sich auch das Vorgehen im Hinblick auf die Regelung dieser Fragen zum Nachteil der Nichtmitgliedstaaten (Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Korea) geändert. Etwas vereinfachend kann man es so darstellen, dass die Spezialorganisationen, in denen wir mitarbeiten, die Funktion einer Experten- oder Vorbereitungsmission erfüllen, dass aber das materielle Konzept und die Zielsetzung internationalen Rechts von der Generalversammlung – zu der wir keinen Zutritt haben – vorgegeben und die Vorlage alsdann auch von der Generalversammlung verabschiedet wird.

Fremdes oder mitgestaltetes Recht?

Was heisst das? Nichts mehr und nichts weniger, als dass wir uns in wichtigen Belangen für unser Überleben nach fremdem Recht zu verhalten haben; denn niemand wird wohl ernsthaft erwägen können, sich in einen «Elfenbeinturm Schweiz» zurückzuziehen.

In der Mehrzahl der Fälle dürften es langfristige Entwicklungen sein, die für Wohlstand oder Armut ausschlaggebend sind – wie sich dies am Beispiel der vernachlässigten Ökologie zeigt, eines Bereichs, dessen die Uno sich ebenfalls annimmt. Es nützt uns deshalb nichts, theoretisch einer Politik des «Rühr mich nicht an» das Wort zu reden, wenn wir in der Tat von Gegebenheiten je länger, desto mehr abhängig werden, die uns die Mehrzahl der Staaten – in unserem Einverständnis – diktiert. Die Besinnung auf den unentwegten Einsatz unserer Vorfahren, deren Früchte wir ernten, spricht für eine aktive Teilnahme an den politischen Entscheidungen, und seien diese international. Auch deshalb sollten wir uns zur Uno bekennen.

Kritische Bemerkungen zu einem Uno-Beitritt

Der Bundesrat in corpore versäumt keine Gelegenheit, um dem Schweizervolk den Beitritt zur Uno aus verschiedenen Aspekten wärmstens zu empfehlen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Befürworter eines solchen schwerwiegenden Schrittes auch bereit sind, die volle Verantwortung für allfällige nachteilige Folgen für die Integrität und Unabhängigkeit unseres Landes zu übernehmen.

Das hohe Ansehen, dass die Schweiz auch ausserhalb der Uno als neutraler und unabhängiger Staat geniesst, lässt sich an vielen Beispielen nachweisen. So wurde die Schweiz mit der Interessenvertretung der USA im Kubakonflikt und in der kritischen Situation in Iran betraut, ebenso von Grossbritannien im Falklandkrieg mit Argentinien. Der amerikanische Staatssekretär Eagleburger hat die Guten Dienste der Schweiz ausdrücklich hervorgehoben und verdankt. Daraus ergibt sich, dass wir auch ausserhalb der Uno imstande sind, zur Friedenslösung beizutragen.

Probleme bei Sanktionen

Ein Problem stellt auch die Stimmenthaltung bei Resolutionen, Sanktionen und anderen Beschlüssen der Uno gegen Mitgliedstaaten dar. Ein eindrückliches Beispiel hierfür lieferte die Schweizer Delegation an der Walfisch-Konferenz in Brighton. Dort enthielt sich die Schweiz der Stimme, obschon die Delegierten einen

klaren Auftrag zur Unterstützung des Walfangverbots erhalten hatten. Weil aber Japan, Norwegen und die UdSSR Opposition gemacht hatten, konnte sich die Schweiz nicht zur Stimmabgabe entschliessen, aus zarter Rücksichtnahme auf diese Staaten. H. U. Michel hat dies in der «Pro Animalia» als «Skandal» bezeichnet. Wer garantiert uns, dass sich solche Situationen in der Uno nicht wiederholen werden. Damit würde sich die Schweiz aber auf der einen oder andern Seite keine Freunde schaffen.

Es ist unbestritten, dass die Uno heute viele Schwächen und Fehler aufweist. Dr. Otto von Habsburg, ein anerkannter Kenner der Materie, hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass die Uno einer dringenden Revision bedürfe. Das Prinzip «Ein Staat – eine Stimme» hat angesichts des Übergewichts des Ostblocks und seiner Vasallen sowie der Dritten Welt eine unerwünschte und einäugige Politisierung der Uno bewirkt. Die wirtschaftlichen Vorteile eines Uno-Beitritts werden von den Befürwortern in unverhältnismässiger Weise hochgespielt. Die Weltmärkte orientieren sich immer noch nach Qualität und Preis einer Ware und kümmern sich weniger um deren Herkunft.

Finanzielle Folgen

Schliesslich müssen auch die finanziellen Folgen eines Beitritts in Betracht gezogen werden. Die Schweiz leistet schon heute 170 Millionen an jährlichen Beiträgen an Unterorganisationen der Uno, wo die Schweiz Vollmitglied ist. Dazu kämen dann noch weitere 20 Millionen Uno-Beitrag, was aber nur die Spitze des Eisbergs darstellt.

Ursprünglich zählte die Uno 51 Mitglieder; heute sind es deren 159, worunter 100 Ostblockstaaten oder deren Vasallen. Angesichts dieser linken Mehrheit ist die Uno zur Hochburg der Gegnerschaft der westlichen Demokratie und – was das Schlimmste ist – zum Zentrum der Spionage geworden. Der Sitz der Uno in New York und Genf zählt heute 300 sowjetische Beamte und 150 «Dolmetscher», wodurch diese Organisation als Trojanisches Pferd missbraucht wird.

Dr. iur. Georg A. Wilczek (Zürich)

Über «Freisinn» befremdet

Nach Lektüre des letzten «Freisinn» fühle ich mich veranlasst, mein Befremden auszudrücken über die penetrante Art und Weise, wie in diesem Blatt für den Uno-Beitritt der Schweiz geworben wird. Sie werden mir entgehen, dass die Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz die Ja-Parole herausgegeben hat – allerdings, es sei dies vermerkt, mit einer bescheidenen Mehrheit. Es ist mir wohl bewusst, dass aus taktischen Gründen alles getan wurde, um auf schweizerischer Ebene eine Ja-Parole herbeizuführen. Ob sich solche Taktik immer bezahlt macht, bleibe dahingestellt. Fest steht jedoch folgendes: Die bisherigen Parolenfassungen der Kantonalparteien, welche der Basis näher stehen, zeigen, dass die DV der FDP der Schweiz in dieser Frage kaum repräsentativ ist. Ich glaube auch nicht, dass sich im gegenwärtigen Trend etwas ändern wird.

Im vorletzten «Freisinn» fiel im übrigen auf, dass wohl in zwei gegenüberstehenden Kolumnen Argumente pro und contra aufgeführt wurden, sich jedoch die Redaktion bemüht hätte, in der Mitte eine befürwortende Stellungnahme diverser Alt-Bundesräte zu publizieren. Dies geschah, wohl gemerkt, bevor die DV der FDP der Schweiz ihre Parole gefasst hatte. Auch wenn die Ja-Parole nun herbeigewirkt werden konnte und seither im «Freisinn» entsprechend ausgeschlachtet wird, wäre ich Ihnen dankbar, wenn mehr Zurückhaltung geübt würde; sonst stossen Sie viele kritische Parteimitglieder, allenfalls sogar eine Mehrheit, vor den Kopf. Dies betone ich auf Grund zahlreicher Gespräche, die ich mit den verschiedensten Leuten geführt habe.

Hansjürg Jester, Bern

Wir danken dem Autor für seine freimütige Äusserung, die wir allerdings nicht unwidersprochen im Raume stehen lassen möchten.

Die Beurteilung darüber, ob ein Parolenentscheid, der mit 116 zu 78 Stimmen (also im Verhältnis 60 zu 40 Prozent) getroffen wurde, als «bescheiden» bezeichnet werden kann, überlassen wir dem Leser. Zurückgewiesen werden muss die Unterstellung, dass «aus taktischen Gründen alles getan wurde, um auf schweizerischer Ebene eine Ja-Parole herbeizuführen»: Erstens werden freisinnige Delegierte von den Kantonalparteien und nicht der schweizerischen Partei nominiert. Zweitens fand die Parolenfassung nach einer sechseinhalbstündigen (!) kontradiktorischen Auseinandersetzung statt, an welcher sich sowohl Befürworter wie Gegner – seien sie nun fest gewählte Delegierte oder weitere interessierte Parteimitglieder – zu Worte melden konnten.

Im weiteren bleibt anzumerken, dass der Parolenentscheid im «Freisinn» nicht «ausgeschlachtet» wurde: Gemäss bisheriger Usanz wurde bis zur Delegiertenversammlung die Vorlage kontradiktorisch behandelt (und dies in mehreren Nummern); von einer Bevorzugung der Beitrittsbefürworter kann also keine Rede sein.

Dass in einer liberalen Partei die Meinungen auseinandergehen und Kantonal- wie Ortsparteien andere Parolenbeschlüsse fassen können, ist eine Tatsache, mit der sich die Partei in all jenen Fällen abfinden muss, wo es sich nicht um einen vom Parteiprogramm vorgezeichneten Entscheid handelt.

Redaktion «Der Freisinn»

FEDERN

in jeder Grösse
für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Ruti
Tel. 055/841111



Wolken über Paris: Die extreme politische Rechte im Anmarsch?

Frankreich wählt am 16. März eine neue Nationalversammlung

Mitterrand à la Millerand?

Nach den verschiedenen Meinungsumfragen scheint der Wahlsieg des bürgerlichen Lagers beim Urnengang vom 16. März in Frankreich bereits festzustehen. Ein Bericht von Auslandsredaktor Jacques Baumgartner:

Die Verlierer werden die Sozialisten, der Parti Socialiste (PS), sein. Sie eroberten im Juni 1981 die Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Frage, die die Franzosen jetzt beschäftigt, lautet, wie der sozialistische Staatspräsident, François Mitterrand, mit einer bürgerlichen Regierung zur Rande kommen werde. Es ist die Rede von «cohabitation», von «Zusammenleben», eigentlich einer «wilden Ehe». Mitterrand, dessen Amtszeit noch zwei Jahre dauert, wird aber auch ein Schicksal à la Millerand vorausgesagt.

Chaos an der Staatsspitze?

Alexander Millerand (1859 bis 1943), ursprünglich ein Sozialist, bekleidete 1920-24 das Amt des Staatspräsidenten. Anfänglich ging alles recht gut, bis die Opposition im Parlament die Mehrheit eroberte. Er klammerte sich zwar verzweifelt an sein Amt, musste aber zurücktreten, als die Mehrheit die Zusammenarbeit verweigerte.

Für Raymond Barre kommt weder Kooperation noch «cohabitation» in Frage, sollten die Sozialisten die Mehrheit in der Nationalversammlung verlieren. Barre war unter Valéry Giscard d'Estaing noch Premierminister gewesen. Zusammen mit dem ehemaligen Staatspräsidenten steht er für die Union pour la Démocratie Française (UDF). Im Wahlkampf sagt Barre immer wieder: «Mitterrand muss gehen!» Eine bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung und ein sozialistisches Staatsoberhaupt brächten «nur Chaos an der Staatsspitze».

Nicht mehr so grosse Differenzen

Giscard d'Estaing vertritt zusammen mit Jacques Chirac, dem Chef des neogaullistischen Rassemblement pour la République (RPR), eine andere Meinung. Sie beide setzen auf «cohabitation». Sie wollen versuchen, trotz verschiedenen Auffassungen, miteinander – mit Mitterrand – auszuhalten.

In bezug auf die allgemeinen politischen Inhalte dürfte das nicht allzu schwer fallen. Das bürgerliche Lager und die Sozialisten sind in so entscheidenden Bereichen wie der Wirtschaft und der Aussenpolitik längst nicht mehr so uneins, wie dies vielleicht die Tradition vermuten lassen könnte.

Im Falle ihres Wahlsieges (UDF/RPR) wollen die Bürgerlichen die «sozialistischen Errun-

genschaften» vorab im sozialen Bereich belassen. Das heisst: nicht rütteln an den Mindestlohn-Ansätzen, an der bezahlten fünften Ferienwoche, an der 39-Stunden-Arbeitswoche, am Pensionierungsalter von 60 Jahren. Die UDF/RPR-Allianz hat Steuerersparungen, die Abschaffung der Steuer für die «Reichen» und der Preiskontrolle in Aussicht gestellt. Ebenso eine Reprivatisierung von Banken, Versicherungen, der wichtigsten Industrien und des Fernsehens. Ausserdem müsse die Bürokratie «gesund» und die staatlichen Ausgaben gleich um umgerechnet zehn Milliarden Franken schrumpfen.

Liberales Bourgeois

Im Wahlkampf versuchten die Sozialisten, den Vorwurf des bürgerlichen Lagers, sie hätten Misswirtschaft betrieben, dadurch zu entkräften, dass sie unter anderem auf die gesunkene Inflationsrate und die leicht verbesserte Arbeitsmarktlage verwiesen. Die Inflation bewegt sich heute bei etwa 4,7 Prozent. 1981 hatte sie 13,4 Prozent betragen. Nun, die niedrigere Inflationsrate dürfte auch in Zusammenhang mit dem gesunkenen Erdölpreis und dem um 25 Prozent verringerten Wert der amerikanischen Währung seit vergangem Sommer zusammenhängen. Derzeit werden in Frankreich 2,4 Millionen an Arbeitslosen gezählt, oder 600 000 mehr seit die Sozialisten regieren.

Mitterrand will sich nicht – nach einem bürgerlichen Wahlsieg – «hinter dem Baum verstecken». Gewiss, er gilt als «realisti-

Bei den Wahlen vom Juni 1981 erhielten die Sozialisten (einschliesslich Linksradikale) im zweiten Wahlgang 49,5 Prozent der Stimmen und 285 der 491 Sitze umfassenden Nationalversammlung. Die Gaullisten (RPR) 22,43 Prozent und 88, die Giscardisten (UDF) 18,65 und 62, die Kommunisten (KPF) 18,62 und 44 sowie übrige Parteien 12 Sitze.

Neu wird nicht mehr nach dem Majorz-, sondern nach dem Proporz-System gewählt. Die neue Nationalversammlung wird 577 Abgeordnete zählen. Dank der Verhältnis-Vertretung dürfte erstmals die extrem rechte Nationale Front von Jean-Marie Le Pen ins Parlament ziehen.

scher, liberaler Bourgeois». Und für die Franzosen steht er als Hüter der «Liberté, Egalité und Fraternité (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit)». Dennoch, über kurz oder lang, eher kurz, dürfte es unter ihm ein zweiseitiges Schwert sein, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Vorprogrammierte Kompetenzstreitigkeiten

Es bietet sich ebenso die Möglichkeit, sich zu profilieren, wie sich in Kompetenzkleinigkeiten, politischen Differenzen aufzureiben, und zwar beidseitig. Nach Artikel 20 der Verfassung steht es dem Premierminister zu, die Politik zu bestimmen und auszuführen. Aber der Staatspräsident (bestimmt) ernannt den Regierungschef. Er leitet die Kabinettsitzungen. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, verantwortlich für internationale Verhandlungen, ratifiziert internationale Verträge, kann Notstandsmassnahmen erlassen.

Gleichzeitig ist jedoch auch der Premierminister für die «nationale Verteidigung» verantwortlich. Verträge bedürfen ebenfalls seiner Unterschrift. Er ernannt seine Mitarbeiter, die wiederum dem Staatspräsidenten genehm sein müssen.

Politische Krise?

Kommt es nach dem 16. März zur «Grossen Koalition» oder zur «Grossen Konfrontation»? Raymond Barre will mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten, aber nicht unter einem sozialistischen Staatspräsidenten. Der 61jährige Wirtschaftsprofessor hat Höheres, eine weitere Schlacht im Sinne. Er will der nächste Staatspräsident sein. Ein Ziel, das auch Jacques Chirac und Valéry Giscard d'Estaing anstreben. Für vorzeitige Präsidentschaftswahlen braucht Barre eine politische Krise. Er dürfte sie provozieren, denn in der Gunst der Franzosen steht er vorne. Ein Sieg der Bürgerlichen am 16. März ist nicht auszuschliessen, aber ebensowenig danach eine politische Krise... Mitterrand à la Millerand?



An den Plakatwänden wird vor der Nationalen Front Le Pens gewarnt. Dank dem neuen Proporzwahlssystem dürfte er mit seiner Gruppierung in die Nationalversammlung einziehen.



Obwohl erst Vizepräsident hat er bereits jetzt schon ab und zu die grosse Kammer zu präsidieren: FDP-Nationalrat Jean-Jacques Cvevy (Montreux), der voraussichtliche Vorsitzende der Volkskammer für 1987. (Photo rut)

Der gastfeindliche Schweizer

Im Augenblick gerät in unserem Land die Diskussion um den Uno-Beitritt der Schweiz in Bewegung. Der Schweizer wird angefleht, nun endlich seine Gefühle der Freundschaft und der Verbundenheit mit anderen und andersgearteten Völkern unter Beweis zu stellen. Eigentlich sei diese Zustimmung nur noch eine Formsache, denn innerlich und in einigen Unterorganisationen bekennen wir uns längst zur grossen Völkerfamilie, seien mit ihren Ziele einig, und Rassismus sei uns fern.

Diese Phrasen tönen einleuchtend – nur stehen ihnen, nüchtern besehen, ein paar Realitäten entgegen. Und diese Realitäten bestehen darin, dass sich eine zunehmende Abneigung gegen Fremde und Fremdartiges deutlich bemerkbar macht. Das Hemd steht uns näher als der Rock. Im Klartext: Uno und Uno-Beitritt sind uns viel ferner als die Probleme, die uns tagtäglich durch die Anwesenheit von fremden «Gästen» aufgebürdet werden. Das zeigt sich an einer ganzen Reihe von Beispielen.

Man wirft uns u. a. vor, dass wir vor allem die gutzahlenden Gäste liebten und für diese zwar nicht das letzte Hemd, aber doch fast den letzten Quadratmeter Boden hergaben. Weniger liebevoll gingen wir mit jenen «Gästen» um, die nichts einbringen, aber die öffentlichen Finanzen belasten. Ausländische Arbeitskräfte schätzten wir in erster Linie als Produktionsfaktoren, aber menschliche Kontakte seien rar. (Da können wir uns darauf berufen, in anderen Ländern ginge man mit «Fremden» noch viel schlimmer um.)

In diesen Vorwürfen liegt ein Korn Wahrheit versteckt, das man unter der Lupe prüfen sollte. Es zeigt sich dann nämlich,

dass der Durchschnittsschweizer im allgemeinen die allzu hauthnahen Kontakte mit fremden Wesen scheut. Er ist darauf bedacht, seine Identität zu bewahren und nicht einem konturlosen Internationalismus zu opfern.

Entgegen einer vorgefassten Meinung bringen ihn auch finanzielle Vorteile von dieser Haltung nicht immer ab. So mag es auffallen, dass immer mehr Berggemeinden den Zweitwohnungsbau drastisch einschränken – obwohl sie einen Finanzzustupf brauchen könnten. Schlecht in die Landschaft der angeblichen Verbrüderung passt auch die soeben lancierte fünfte (!) Überfremdungsinitiative, die sicherlich wieder Zulauf erhalten wird, auch wenn ihr der Endsieg voraussichtlich wiederum verwehrt bleibt.

Ein heisses Eisen bleibt nach wie vor die Flüchtlings- oder Asylantenfrage. Real gesehen ist ihre Belastung gering. Kein Schweizer muss deswegen auf einen Liter Milch oder ein Stück Brot verzichten. Auch die sogenannte Unzufriedenheit der Rentner dürfte jetzt, da die Renten wieder gestiegen sind und das ganze Sozialwerk auf soliden Fundamenten ruht, eher künstlich erzeugt worden sein. Auch muss man immer wieder feststellen, dass sich Leute über die Anwesenheit dieser Fremden beschweren, die noch niemals einen solchen von Angesicht zu Angesicht gesehen haben.

Aber es gibt auch Schweizer, die anderer Meinung sind und der Menschlichkeit einen höheren Stellenwert zuweisen möchten. Hier sind innenpolitische Konflikte vorprogrammiert. Wünschbar wäre jedenfalls, dass wir uns innerlich zu grösserer Klarheit durchringen könnten.

Beatrice Steinmann



MANCHMAL IST DIE RICHTIGE ANTWORT NEIN.

Unsere Kunden sagen ja zu uns, weil wir wissen, wann wir einmal nein sagen müssen. Auch das gehört zur Fine Art of Banking.

JB&B
BANK JULIUS BÄR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York